



Dienststelle

26

Datum	Auskunft erteilt	Tel.
19.06.2009	Herr Hilp	20200

## Besprechungsniederschrift

Dikta- tzeile	
1	Besprechungsgegenstand Abstimmungsgespräch zwischen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Verhülsdonk und Partner GmbH, Köln, und den im Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft vertretenen Fraktionen
2	Ort und Datum der Besprechung Spanischer Bau / Raum 213 20.05.2009
3	Teilnehmer/Teilnehmerinnen Frau Ulke Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Herr Brust Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Frau Kirchmeyer FDP - Fraktion Herr Ott SPD - Fraktion Herr Ueberholz Verhülsdonk und Partner GmbH Herr Spielmann Verhülsdonk und Partner GmbH Herr Rummel Gebäudewirtschaft der Stadt Köln Herr Hilp Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
4	Mitzeichnung von (Erstschrift zurück an Absender)
5	Verteiler Teilnehmer/Teilnehmerinnen 260 26/1 260/14
6	Text

Hintergrund des Gesprächs war der im vergangenen Jahr von Seiten der Fraktionen vorgetragene Wunsch nach einem Meinungs-austausch mit den Wirtschaftsprüfern vor Beginn der Prüfung und die Erörterung möglicher Prüfungsschwerpunkte.

Nach der Begrüßung der Anwesenden durch den geschäftsführenden Betriebsleiter der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln (GW), Herrn Rummel, stellte Herr Ueberholz als geschäftsführender Gesellschafter und verantwortlicher Partner die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Verhülsdonk und Partner GmbH (kurz: VP), Köln, vor.

Anschließend skizzierte er die Aspekte, die aus seiner Sicht schwerpunktmäßig im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 betrachtet werden sollen:

- Internes Kontrollsystem (Anlagevermögen, Beschaffungsbereich, ggf. Hinweise auf Optimierungsmöglichkeiten),
- IT-System,
- Controlling- und Risikofrüherkennungssystem (einschließlich Interne Revision),
- Anlagevermögen (ein Großprojekt),
- Rückstellungen (insbesondere Instandhaltungsrückstellungen),
- Zinsswapgeschäfte,

Die Vertreterin der FDP-Fraktion im Rat, Frau Kirchmeyer, thematisierte die Abführung an den städtischen Haushalt und die Bildung notwendiger Rücklagen für Instandhaltung im Jahresabschluss der GW. Sie begrüßte es ausdrücklich, dass sich die Wirtschaftsprüfer mit diesem Themen vor dem Hintergrund der

- Eigenkapitalentwicklung der Vergangenheit / Eigenkapitalquote des Betriebes

befassen wollen. In diesem Zusammenhang bemerkte Herr Ueberholz, dass VP als beauftragter WP gehalten sei, eine rechtliche und betriebswirtschaftliche Würdigung aus Sicht der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung vorzunehmen. Es sei den Organen der GW bzw. den Gremien der Stadt vorbehalten, hieraus die politischen Schlussfolgerungen ziehen.

Von den Fraktionsvertretern wurden die (überörtliche) Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW und deren Feststellungen, insbesondere die problematische Datengrundlage bei den Gebäudeflächen, angesprochen. Der hierzu ergangene Bericht wird VP zur Verfügung gestellt. VP wird sich zusätzlich zu den genannten Punkten auch mit den

- Auswirkungen der Feststellungen der GPA auf den Jahresabschluss der GW

befassen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion im Betriebsausschuss, Herr Ott, fragte nach, ob die Untersuchung der Organisationsform unter systemischen Gesichtspunkten Gegenstand der Prüfung durch VP sei.

Herr Ueberholz stellte klar, dass eine solche Fragestellung nicht Bestandteil der Abschlussprüfung ist. Herr Rummel wies darauf hin, dass dies einen Sonderauftrag bedinge. Dies wurde von den Ausschussmitgliedern jedoch nicht gewünscht.

Soweit sich innerhalb des Rahmens der Jahresabschlussprüfung jedoch wesentliche Feststellungen auch in diesem Bereich ergäben würde jedoch auch darüber berichtet. Derlei Hinweise, z.B. auf nicht sinnvolle organisatorische Regelungen, würden sich ggf. in einem Managementletter finden. Ein solcher Managementletter (ML) habe insbesondere das Ziel, Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Er richte sich in erster Linie an den Auftraggeber (hier: die GW). Es sei dann grundsätzlich dem Betriebsleiter vorbehalten zu entscheiden, ob und wem ein ML anschließend zugeleitet wird.

Im Zusammenhang mit der Untersuchung eines Großprojektes wurde VP im weiteren Gesprächsverlauf von der SPD darum gebeten, die

- Vorteilhaftigkeit von PPP

zu beleuchten und möglichst auch der Frage nachzugehen,

- ob die GW mit unterschiedlichen Maßstäben baut.

Auch die FDP, Frau Kirchmeyer, sprach sich für ein funktionales und standardisiertes Bauen aus, welches zudem die Inneneinrichtung der Gebäude umfassen müsste. Herr Rummel verwies auf die bestehenden Bau- und Qualitätsstandards der GW (BQA) und darauf, dass sich diese im Zeitablauf ändern.

Herr Ueberholz betonte, dass die Untersuchung der Vorteilhaftigkeit von PPP und damit zusammenhängender Fragen zur Bauausführung über den eigentlichen Gegenstand der Jahresabschlussprüfung hinausgehe. Sollten sich allerdings bei der im Rahmen der Abschlussprüfung beabsichtigten Prüfung eines Großprojektes entsprechende Hinweise ergeben, würde auch darüber berichtet.

Von der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen wurde im weiteren Besprechungsverlauf der hydraulische Heizungsabgleich thematisiert. Herr Brust stellte dar, dass der hydraulische Abgleich eine in der Regel mit einer Heizungsinstallation ausgeschriebene (und abgerechnete) Leistung sei, seiner Einschätzung nach tatsächlich aber oftmals unterbleibe. Die Folge sind u. a. unterschiedliche warme Klassenräume. Es bestand Einigkeit darüber, dass diese spezielle Fragestellung nicht zwingend durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu beleuchten ist. Herr Rummel sagte zu, dass sich die Interne Revision der GW mit diesem Thema beschäftigen werde.

Im Hinblick auf die künftige Zusammenarbeit wurde vereinbart, dass sich VP so frühzeitig wie möglich meldet, um die getroffenen Feststellungen der Jahresabschlussprüfung zu kommunizieren und die Schwerpunkte der nächsten Prüfung in einem nicht zu großen Rahmen abzustimmen. Angedacht ist ein informelles Gespräch (Vertreter der Fraktionen) im Herbst dieses Jahres.